

ANTISEMITISMUS IM STRAFVOLLZUG WIRKSAM BEGEGNEN

FORTBILDUNGEN
UND HANDLUNGS-
EMPFEHLUNGEN

© Anne Frank Zentrum, Foto: Benjamin Jenak



Politische Bildung
im Strafvollzug

Anne Frank.
ANNE FRANK ZENTRUM

ANTISEMITISMUS

... kommt in allen gesellschaftlichen Bereichen vor.

Auch im Strafvollzug gibt es antisemitische Vorfälle, die von diskriminierenden Aussagen bis hin zu Gewaltausübung reichen. Das Anne Frank Zentrum bietet seit vielen Jahren Bildungsprojekte zur Prävention von Antisemitismus und Fachtage zur politischen Bildung im Strafvollzug an.

Mit Fortbildungen für Mitarbeiter*innen in Justizvollzugsanstalten und konkreten Handlungsempfehlungen stärkt das Anne Frank Zentrum bundesweit die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Haftanstalten.



Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.«

Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Was können Justizvollzugsanstalten gegen Antisemitismus tun?

➔ **Fortbildungen für Fachkräfte der Justiz zu Erscheinungsformen von Antisemitismus:**

Antisemitismus hat eine jahrhundertealte Geschichte und ist zugleich wandlungsfähig. Mitarbeiter*innen der Justizvollzugsanstalten sollten sich daher sowohl mit historischen als auch aktuellen Formen von Antisemitismus auseinandersetzen. Diese artikulieren sich beispielsweise als Schuldabwehr mit Blick auf die

NS-Verbrechen, Hass gegenüber dem jüdischen Staat Israel oder Verschwörungserzählungen. Das Erkennen antisemitischer Äußerungen und Handlungen ist der erste Schritt, um Antisemitismus zu begegnen. Hierzu können externe Träger in Fort- und Weiterbildungen befähigen. Die Fortbildungen sollten für alle Mitarbeiter*innen im Strafvollzug zugänglich sein und auch in die Ausbildung zum Vollzugsdienst implementiert werden. ///////////////

 **Klare Positionierung gegen Antisemitismus und jede Form der Diskriminierung:**

Die Anstaltsleitungen und Mitarbeiter*innen der Justizvollzugsanstalten müssen bei antisemitischen Vorfällen entschieden handeln. Inhaftierte mit antisemitischen Einstellungen müssen konsequent daran gehindert werden, menschenverachtende Ideen zu verbreiten. Auch antisemitische Äußerungen seitens des

Personals dürfen nicht unwidersprochen bleiben und erfordern unmittelbare Reaktionen seitens der Führungskräfte und Anstaltsleitungen. Hierzu sollten anstaltseigene Handlungskonzepte entwickelt werden, die sich an der jeweiligen Belegungsstruktur orientieren (etwa Zugehörigkeiten und Straftaten der Inhaftierten) und klare Zuständigkeiten und Ansprechpersonen innerhalb der Anstalt benennen. //////////////



Wenn ich am Shabbat in die Freistunde rausgehe, trage ich ein Käppi über der Kippa. Da würden sonst abfällige Bemerkungen kommen, auch unterschwellig. Ich werde angesprochen mit: »Ah, der Jude!« Und es ist schwierig, etwas dagegen zu machen.«

M. Hoffmann, Inhaftierter der JVA Geldern



➔ **Kooperation zwischen internen und externen Akteur*innen intensivieren:**

Das Schaffen eines diskriminierungssensiblen Klimas in den Justizvollzugsanstalten erfordert fachliche Expertise und personelle Kapazitäten. Hierzu sind der Austausch von Fachkräften der Justiz mit Akteur*innen der antisemitismuskritischen Bildung und die gemeinsame Konzeption von pädagogischen

Angeboten zentral. Über projektbezogene Maßnahmen hinaus sollten Kontinuität, Innovation und Austausch gefördert werden. Zudem sollten pädagogische Projekte im Themenfeld Antisemitismus und andere Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit für den Bereich des Jugendstrafvollzugs um Angebote für den Erwachsenenvollzug ergänzt werden. ///////////////

➔ **Zugang zu Beratungsstellen für Betroffene von Antisemitismus und Diskriminierung:**

Menschen in Haft, die selbst von antisemitischen Anfeindungen, Gewalt und Hass betroffenen sind, muss der Zugang zu externen Beratungs- und Unterstützungsstellen ermöglicht und erleichtert werden. Externe Berater*innen haben mit dem Prinzip der

Parteilichkeit andere Möglichkeiten zur Unterstützung der Betroffenen von antisemitischer Diskriminierung. Inhaftierte sollten durch Formen der direkten Ansprache, Aushänge und ausliegende Informationen auf Beratungsstellen hingewiesen werden und seitens der Anstalten – zum Beispiel durch Integrationsbeauftragte oder andere Vertrauenspersonen – bei der Kontaktaufnahme unterstützt werden. //////////////

GIBT ES EINEN ANTISEMITISCHEN VORFALL?

➔ **OFEK e.V. berät Betroffene und Institutionen:**

<https://ofek-beratung.de>
kontakt@ofek-beratung.de
Tel +49 800 664 52 68

➔ **RIAS e.V. erfasst antisemitische Vorfälle (auch ohne Polizeimeldung):**

<https://report-antisemitism.de/report>
info@report-antisemitism.de
Tel +49 800 0 32 32 63

➔ **Vermittlung von Wissen
zu jüdischer Religion und Kultur:**

Das Wissen über die jüdische Religion und Kultur ist gemeinhin eher gering ausgeprägt: Damit gläubige Juden und Jüdinnen ihre Religion in Haft möglichst frei ausüben können, müssen Anstaltsleitungen, Fachdienste und Bedienstete in Justizvollzugsanstalten durch den Austausch mit Rabbiner*innen und jüdischen Gemeinden für religiöse Belange sensibilisiert werden. Dies betrifft etwa die Einhaltung jüdischer Feiertage, Möglichkeiten der koscheren Ernährung und andere religiöse Regeln und Rituale. ///////////////

➔ **Sensibilisierung für die Vielfalt
jüdischer Identitäten:**

Nicht für alle Juden und Jüdinnen spielt Religion eine Rolle: Jüdisches Leben ist vielfältig. Ziel einer diversitätssensiblen Haltung sollte sein, die Vielfalt jüdischer Identitäten und Perspektiven wahrzunehmen und sichtbar zu machen und diese als selbstverständlichen Teil der Gesellschaft anzuerkennen. Teilweise gehen Inhaftierte, die jüdisch sind, offen und selbstverständlich damit um, andere möchten sich nicht zu erkennen geben, einige sind religiös und andere haben eher kulturelle oder familiäre Bezüge zum Judentum. Das Personal in den Justizvollzugsanstalten muss sich unbedingt an den Bedürfnissen und der Sicherheit der betreffenden Personen orientieren. ///////////////

➞ Geschützte Lern- und Reflexionsräume für Inhaftierte schaffen:

Das System Gefängnis ist darauf ausgerichtet, dass sich die Inhaftierten anpassen und im Sinne ihrer Resozialisierung unter Beweis stellen. Dies kann dazu führen, dass sich Gefangene sozial erwünscht verhalten und ihre politische Einstellung oder Probleme nicht offen benennen. Um Antisemitismus zu bearbeiten, muss dieser aber besprechbar werden. Notwendig sind Lernräume, in denen Vertrauensverhältnisse zwischen Inhaftierten und Lehrenden entstehen, um Stereotype und Vorurteile zu reflektieren und abzubauen. Externen politischen Bildner*innen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, da sie nicht in das hierarchische Gefängnisystem eingegliedert sind und sich Inhaftierte im Rahmen solcher Bildungsangebote offener äußern können. //////////////

➞ Zielgruppengerechte Lernmaterialien und Literatur bereitstellen:

Durch geeignete Literatur und Materialien können Inhaftierte zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ange-regt werden. Inhaftierte sollten darin gestärkt werden, Mythen und Verschwörungserzählungen zu erkennen. Hierzu sollten Bücher, Bildungsmaterialien und digitale Angebote zur Verfügung stehen, die ansprechend, lebensweltbezogen und zielgruppengerecht sind (hin-sichtlich der verschiedenen Sprachkompetenzen und Lernniveaus). Träger der politischen Bildung sollten entsprechende Angebote entwickeln und anpassen und diese über die anstaltseigenen Bibliotheken, den Schulunterricht und Gruppenangebote sowie die für Justizvollzugsanstalten konzipierte Lernplattform elis zugänglich machen. //////////////

FORTBILDUNGEN

Das Anne Frank Zentrum bietet bundesweit Fortbildungen für Mitarbeiter*innen des Strafvollzugs an.

Die Fortbildungen vermitteln grundlegendes Wissen zu den Erscheinungsformen von Antisemitismus, sensibilisieren für Auswirkungen auf Betroffene von Diskriminierung und vermitteln Handlungskompetenzen, um antisemitische Vorfälle zu erkennen und ihnen wirksam zu begegnen.

Anhand konkreter Fallbeispiele aus dem Strafvollzug werden Handlungsoptionen erarbeitet, um die Teilnehmenden im Berufsalltag in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus zu stärken.



Es heißt oft: »Antisemitismus gibt es bei uns nicht, der ist importiert.« Oder er wird nur auf den Holocaust bezogen – sowohl von Bediensteten als auch von Inhaftierten.«

Aus einem Interview mit einer Bildungsreferentin

© Anne Frank Zentrum, Foto: Benjamin Jenak



Inhalte der Fortbildung

- Grundlagenwissen zu Formen und Funktionen von Antisemitismus
- Möglichkeiten zur Reflexion der eigenen Haltung und zum Erfahrungsaustausch
- Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus im berufsspezifischen Kontext
- Fallbeispiele aus der (eigenen) beruflichen Praxis und kollegiale Beratung
- Möglichkeiten der Beratung und Intervention im Umgang mit antisemitischen Vorfällen
- Sensibilisierung für die Vielfalt jüdischen Lebens und jüdischer Perspektiven

WIR BERATEN SIE GERN!

→ Fortbildungen für JVA-Mitarbeiter*innen

Ansprechpartnerin:
Dr. Katinka Meyer
meyer@annefrank.de
Tel +49 30 288 86 56-33

→ Angebote für Lehrkräfte und Inhaftierte

Ansprechpartner:
Roman Guski
guski@annefrank.de
Tel +49 30 288 86 56-34

WEITERE ANGEBOTE



E-Learning-Angebote für den Strafvollzug:

Auf der Lernplattform elis stellt das Anne Frank Zentrum digitale pädagogische Angebote und ein Lernspiel zu Verschwörungserzählungen für den Einsatz in Justizvollzugsanstalten bereit. Die Lernplattform kann von Lehrkräften im Unterricht eingesetzt oder eigenständig von Inhaftierten abgerufen werden.

www.elis-public.de



Studie zur politischen Bildung im Strafvollzug:

In Zusammenarbeit mit der Hochschule Merseburg hat das Anne Frank Zentrum eine Pilotstudie zur politischen Bildung im Jugendstrafvollzug erarbeitet und hierzu JVA-Mitarbeiter*innen, politische Bildner*innen und Inhaftierte befragt. Die Studie gibt einen Überblick über Angebote und Bedarfe der politischen Bildung für Jugendliche in Haft.

www.annefrank.de/studiejva

KONTAKT

Anne Frank Zentrum

Rosenthaler Straße 39

10178 Berlin

Tel +49 30 288 86 56-00 Fax -01

zentrum@annefrank.de

www.annefrank.de

  annefrankzentrum

Gefördert durch:



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Anne Frank.
ANNE FRANK ZENTRUM